

Ursula Reutner / Elmar Schafroth
(eds./cur./éds.)

Political Correctness

Aspectos políticos, sociales, literarios
y mediáticos de la censura lingüística

Aspetti politici, sociali, letterari
e mediatici della censura linguistica

Aspects politiques, sociaux, littéraires
et médiatiques de la censure linguistique

SRL 38



PETER LANG
EDITION

Ursula Reutner / Elmar Schafroth
(eds./cur./éds.)

Political Correctness

Aspectos políticos, sociales, literarios
y mediáticos de la censura lingüística

Aspetti politici, sociali, letterari
e mediatici della censura linguistica

Aspects politiques, sociaux, littéraires
et médiatiques de la censure linguistique

SRL 38



PETER LANG
EDITION

Und zugegeben: ich schweige nicht mehr,
weil ich der Heuchelei des Westens
überdrüssig bin (Günter Grass,
4. April 2012, *Süddeutsche Zeitung*)

Einleitung

Ursula Reutner/Elmar Schafroth

1 Politische Korrektheit

Man kann das Prosagedicht *Was gesagt werden muss* von Günter Grass in erster Linie als Versuch werten, ein hochgradig tabuisiertes Thema zur Sprache zu bringen. Wie geschickt dies in dieser Art und Weise war, sei dahingestellt. Doch schon im Gedicht scheint sich der Autor darüber bewusst zu sein, dass seine Handlung wider einen politischen Nicht-sagbarkeitskodex einen Sturm der Entrüstung entfachen würde...

Tabubrüche ziehen grundsätzlich und seit jeher Sanktionen nach sich, gleichgültig, ob sie im mythologischen, religiösen, kulturellen, sozialen oder ureigenen menschlichen und zwischenmenschlichen Bereich erfolgen. Geändert hat sich im Lauf der Jahrhunderte sowohl die Intension als auch die Extension des Begriffs: Einerseits wandelt sich der begriffliche Inhalt zunehmend vom «strengen Verbot» zur «gravierenden Unangemessenheit» (cf. Hughes 2010: 46), andererseits verändern sich Quantität und Qualität der Anwendungsfelder, die von den traditionellen Bereichen des Religiösen und Kulturellen zu Domänen wie Politik, intellektuellen Diskursen und Alltagspraxis reichen können (cf. Reutner 2009).

Das Diktum Foucaults (1971: 11), «dass man nicht das Recht hat, alles zu sagen, dass man nicht über alles in jedweder Situation sprechen kann, dass schließlich nicht jedweder Mensch über jedwedes Thema sprechen kann», scheint *stricto sensu* im 21. Jahrhundert in wohl allen Staatsformen und Kulturen mehr denn je zuzutreffen, wenngleich die historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen natürlich jeweils andere sind. So sind Sprech- und Handlungsverbote in totalitären Regimes nach wie vor klarer vorgegeben und leichter identifizierbar als in demokratischen Ländern. Während in politisch und ideologisch repressiven Systemen viele Standpunkte zu aktuellen Zuständen und Ereignissen nicht geäußert werden dürfen, sollte dieses Tabu auf

moderne Kulturnationen nicht zutreffen. Doch verhält es sich auch wirklich so?

Man muss keine empirische Studie in Auftrag geben, um zu erkennen, dass dem nicht so ist. Doch welche Tabus werden überhaupt gebrochen, wenn unterschiedliche Positionen zur Einwanderungspolitik, zur Religion, zu Gentechnik, Sterbehilfe, Homosexualität, zu Militäreinsätzen oder familienpolitischen Fragestellungen bezogen werden? Angesichts der in der Öffentlichkeit mit zum Teil extremer Vehemenz ausgetragenen ideologischen Kontroversen kann man sich in der Tat die Frage stellen, ob Tabus «noch dem Schutz wirklicher Werte wie Menschenwürde und persönliche Freiheit dienen, oder ob sie nicht zu bloßen Druckmitteln entartet sind, um missliebiges Verhalten einzuschränken und Kontrollfunktionen über das erlaubte Maß hinaus auszudehnen» (cf. Pieper 2007: 37).

So wie Tabuisierung im Allgemeinen kann auch politische Korrektheit als spezielle Spielart der Tabuisierung sicherlich beide Aspekte enthalten. Einer ihrer Grundgedanken ist durchaus der respektvolle Umgang mit Minderheiten, die es zu schützen gilt. Im Zusammenhang mit den Emanzipationsbestrebungen von Farbigen und Frauen in den USA entstanden, hat der Begriff auch Europa und andere amerikanische Staaten erreicht. In ihnen wurden Grundgedanken der Bewegung übernommen, diese gleichzeitig aber auch an die Verhältnisse vor Ort angepasst und entsprechend modifiziert. Weitgehend aufgehoben ist auf beiden Seiten des Atlantiks inzwischen die Restriktion auf die Bereiche Ethnie und Geschlecht. So schließt der Begriff heute auch Diskursvorgaben und -empfehlungen zum Schutz weiterer qualitativer Minderheiten ein, denen im höflichen Umgang teilweise schon immer Rücksicht entgegen gebracht wurde, teilweise aber auch erst durch einen jüngst vollzogenen Bewusstseinswandel. Dabei kann politischer Korrektheit zweifelsohne eine positiv zu wertende sichtbar machende Kraft innewohnen, die – wie z.B. im Falle neuer Femininbildungen für Berufsbezeichnungen – die Gleichbehandlung durch sprachliche Innovation fördert (cf. Schafroth 2010).

Doch auch ein gesellschaftliches Klima, in dem es immer mehr um Sagbarkeitsnormen und immer weniger um Moralsysteme geht, wird als *political correctness* bezeichnet. Angesichts der Auswüchse, die eine blind wütende politische Korrektheit haben kann, stellt sich die Frage, ob sie überhaupt noch Ideologiekritik ist oder nicht vielmehr selbst Gegenstand von Ideologiekritik sein sollte. Dieser Schluss liegt zumindest nahe, wenn man bedenkt – und die Beobachtungen vieler Beiträge in diesem Band belegen dies – dass durch den «Zeitgeist» der *political correctness*

Äußerungen und Handlungen tabuisiert werden, die zuvor als Vorurteile und stigmatisierende Sprache gegolten haben und einer (weit ausgelegten) persönlichen Ausdrucksfreiheit zugeordnet wurden. Inwieweit dies dem Minderheitenschutz dient oder gar schadet, kann kontrovers diskutiert werden (cf. Reutner 2009: 279–309).

Im Anschluss an die Vorträge und Diskussion im Rahmen der Sektion zu politischer Korrektheit des 32. Romanistentages des Deutschen Romanistenverbandes, der im September 2011 in Berlin stattfand, gilt der vorliegende Band aktuellen gesellschaftlichen und politischen Ereignissen und Diskussionen in Spanien, Frankreich, Italien, Venezuela, Bolivien, im subsaharischen Afrika und anderen Ländern. Er greift die Frage auf, wie moderne Gesellschaften und deren mediale Spiegelungen mit ideologischem Druck und tabuisierten Themen bzw. sprachlichen Tabus umgehen und welche Folgen und Gegenreaktionen (z.B. Euphemisierungs- und Verschleierungstendenzen, Dysphemismus, Sprachmissbrauch, -manipulation oder -zensur) damit verbunden sind.

2 Zu den Beiträgen

Die Erkenntnisinteressen der Beiträger reichen von einer genaueren Bestimmung dessen, was unter politischer Korrektheit und den damit teilverwandten Konzepten Euphemismus und Sprachmissbrauch gefasst wird (2.1), bis hin zu einzelnen Manifestationsformen des Phänomens. Dieses erlangt im politischen Sprachgebrauch besondere Relevanz (2.2), betrifft aber auch viele Einzelbereiche des Alltags (2.3).

2.1 Konzepte und Termini

Der Band startet mit einem Beitrag von MIGUEL CASAS GÓMEZ, der sich mit der Analyse verschiedener Motivationen befasst, die sich hinter der Verwendung von Euphemismen und Dysphemismen verbergen und die häufig als Basis politisch korrekter Ausdrucksweisen betrachtet werden. In seinem Aufsatz ›Expressive Hervorhebung als Funktion des Euphemismus: Zur politischen Korrektheit bestimmter sprachlicher Verfahrensweisen‹ untersucht er drei sprachliche Phänomene: die expressive Hervorhebung als euphemistische Funktion mittels Schöpfung von Substituten durch Übertreibung, die bei Ausdrücken üblich sind, die einen sozialen Aufstieg bestimmter Berufe, Handwerke und Beschäftigungen implizieren; das Auftreten euphemistischer Verwendungen mit pejorativer Konnotation, zu denen diejenigen Wörter zählen, die mit

positivem semantischen Wert geäußert, vom Gesprächspartner jedoch als irritierend interpretiert werden; und die sogar noch häufigeren dysphemistischen Verwendungen mit euphemistischer Funktion, d.h. harsche Äußerungen, die freundlich zu verstehen sind. Daraus folgt der Vorschlag, die linguistische Beschreibung sowohl des Euphemismus als auch des Dysphemismus so zu erweitern, dass neben Aspekten wie Beschönigung und expressive Hervorhebung auch die Bedeutung der Rolle des Hörers berücksichtigt wird, die dieser in Sprechakten mit euphemistischer und dysphemistischer Sprecherintention innehat.

Gleich nach der Stigmatisierung politisch korrekten Sprachgebrauchs als euphemistisch steht häufig der Vorwurf, dass es sich um einen Missbrauch von Sprache handele. Diesem zweiten Grundkonzept geht SABINE SCHWARZE in ihrem Beitrag *«Der abus des mots. Ein philosophisches Konzept und seine Präsenz in der Medienkritik am aktuellen Sprachgebrauch»* nach. Ausgehend von einer geschichtlichen Einordnung des Begriffs des Wortmissbrauchs innerhalb sprachphilosophischer Reflexionen seit der Antike kann die Autorin zeigen, dass das heutige Konzept politischer Korrektheit ihren Vorläufer in dem in der Aufklärung geprägten, zunächst rein philosophischen Begriff des *abuse of words* (John Locke) hatte. Das Phänomen des *abuso delle parole* wird sodann anhand der Verwendung nominaler Fügungen, die auf den Missbrauch konkreter sprachlicher Ausdrücke fokussieren, wie sie in der italienischen Presse und Internetforen erscheinen, diskutiert.

Nach diesen konzeptionellen Klärungen von Euphemismus und Wortmissbrauch geben die folgenden beiden Beiträge einen Überblick über Facetten politischer Korrektheit in Geschichte und Gegenwart. PEDRO JOSÉ CHAMIZO DOMÍNGUEZ widmet seinen Beitrag *«Politische Korrektheit und interkulturelle Kommunikation»* der Analyse verschiedener aktueller Begriffe, die sprachliche Widersprüche belegen und die enge Verbindung zwischen politischer Korrektheit und Kultur verdeutlichen. Zunächst betont der Autor die gegenwärtige Tendenz des Spanischen zur Ersetzung von Termini im Zuge politischer Korrektheit, was dazu führt, dass kategoriale Fehler begangen und feminine Wörter gebildet werden, die zuvor nicht existiert haben. Seine Analyse betont zudem die Existenz einer deutlichen Ambiguität im Gebrauch politisch korrekter Sprache, sei es beispielsweise durch ein Übermaß an Zensur politisch unkorrekter Wörter oder durch die Tatsache, dass politische Korrektheit scheinbar untrennbar mit einer Doppelmoral verbunden ist. Zudem hängt die politisch korrekte Verwendung bestimmter Ausdrücke, wie es z.B. bei Titeln von Personen und bei der höflichen Anrede üblich

ist, in vielen Fällen von den verschiedenen Gesellschaftsgruppen ab und ist von Kultur zu Kultur unterschiedlich.

Mit ihrem Beitrag ›Beim Häuten eines Begriffschamäleons: eine Analyse der Verwendung des Ausdrucks *políticamente (in)correcto* in der spanischen Tageszeitung *El País*‹ weist URSULA REUTNER auf die Notwendigkeit hin, die Themenschwerpunkte, die traditionsgemäß mit dem Ausdruck *políticamente (in)correcto* verbunden sind, zu erweitern und zieht eine Bilanz über die ihm zukommenden Bewertungen. Ihre Untersuchung bestätigt die Verbindung politischer Korrektheit mit dem Minderheitenschutz, fügt diesem traditionellen Bereich aber neue Aspekte hinzu, die vom Umweltschutz, über Pazifismus bis zur Kritik an umstrittenen Bauvorhaben reichen. Dabei belegt ihre Analyse der aktuellen Verwendungsweisen ein deutliches Übergewicht an negativen Einstellungen, denen die Auslegung des Terminus als Antonym von Wahrheit zugrunde liegt, sowie das Lob all dessen, was gegen die politische Korrektheit verstößt. Dies sollten auch die gegenwärtigen lexikographischen Definitionen berücksichtigen, um den derzeit vorherrschenden polemischen Gebrauch adäquat wiederzugeben.

2.2 Tabuisierungen, Manipulation und Propaganda in der/durch die Politik

Politische Korrektheit ist zumindest dem Namen nach nicht ganz von der Politik zu trennen. Hier kann sie sowohl missbraucht werden, um den politischen Gegner zu kompromittieren und zum Schweigen zu bringen, als auch genutzt, um Minderheiten zu schützen. Das Kapitel geht dieser Frage zunächst mit drei Beiträgen zum Sprachgebrauch des 21. Jahrhunderts nach, die sich dem krisengeschüttelten Spanien und dann dem Venezuela von Hugo Chávez und Bolivien unter Evo Morales zuwenden.

In seinem Beitrag ›*No hay crisis*. Politische Korrektheit im politisch-medialen Diskurs des heutigen Spanien‹ untersucht ALF MONJOUR das Wort *crisis* sowie die Verwendung anderer Ausdrücke wie *aborto*, *prostituta* und *parado* im öffentlichen Diskurs des heutigen Spaniens. Er interpretiert die sprachliche Substitution weniger als Phänomen der Darstellung von Wirklichkeit, sondern vielmehr als Versuch, diese durch den Gebrauch von positiv konnotierten Termini anstelle realistischerer Synonyme zu korrigieren. Dabei zeigt sich, dass das Verwenden oder Ablehnen eines politisch korrekten Wortes von Seiten der Massenmedien oder durch Politiker keine rein sprachliche Entscheidung darstellt,

sondern Teil politischer Strategien und Taktiken ist. Diese Einsicht verdeutlicht die Notwendigkeit, die sprachliche Analyse im sozio-kulturellen und politischen Kontext zu betrachten, da nicht nur rein sprachliche Kriterien die Auswahl politisch korrekter Ausdrücke beeinflussen, sondern auch die Ideologie.

Wie sehr diese Ideologie die Interpretation dessen, was als politisch korrekt betrachtet wird, beeinflusst, führt ein Blick nach Venezuela vor Augen. In ihrem Artikel «Eine Gegenüberstellung politischer Korrektheit mit populistischem Sprachgebrauch: der Fall Hugo Chávez» untersucht ROMANA CASTRO ZAMBRANO 60 politische Reden des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez aus den Jahren 2006 und 2007. Mit Hilfe der Kritischen Diskursanalyse belegt die Autorin den Verstoß gegen die Normen eines rücksichtsvollen Sprachgebrauchs von Seiten der venezolanischen Regierung durch eine diskriminierende Politik, die auf einer allzu einfachen Weltanschauung basiert sowie auf der Schaffung von «Sündenböcken», zu denen verschiedene nationale Minderheiten zählen. Die dargelegten Beispiele offenbaren die Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus durch einen Vergleich zwischen Bush und Hitler, die Umkehrung der Täter-Opfer-Beziehung durch die Beschuldigung der Juden als Faschisten und die Reproduktion der anti-semitischen Stereotype durch die Kritik an der katholischen Kirche.

Der Beitrag «*Indio* oder *indígena campesino originario*? Die Debatte über politische Korrektheit in Bolivien» von INGRID HUDABIUNIGG untersucht die Reaktionen, die sich gegen die *Ley contra el Racismo y Toda Forma de Discriminación* («Gesetz gegen den Rassismus und jede Form von Diskriminierung») bildeten, die am 10. September 2010 in Bolivien unter der Präsidentschaft von Evo Morales vorgelegt wurde. Besagtem Gesetz entsprechend müssen die Massenmedien auf rassistische Ausdrücke verzichten und eine respektvolle Informationsverbreitung gewährleisten, um der plurinationalen und plurikulturellen Wirklichkeit des Landes gerecht zu werden. Die neue Initiative erklärt sich aus der diskriminierenden Verwendung des Ausdrucks *indio* zur Beleidigung der unteren Bevölkerungsschichten durch die politischen Machthaber. Die Massenmedien ihrerseits, die in der Mehrzahl zur Opposition gehören, betrachten diese neuen Verordnungen als Angriff gegen die Presse- und Ausdrucksfreiheit.

Nach diesen ganz auf den aktuellen Sprachgebrauch konzentrierten Beiträgen schlagen die folgenden vier Aufsätze in zunehmendem Maße auch einen Bogen in die Vergangenheit. Sie zeigen, wie sich im Faschismus und Nationalsozialismus verwendete Sprachformen im heutigen politischen Sprachgebrauch wiederfinden oder aber aufgrund

ihrer konnotierten Verwendung abgelehnt werden. Und sie dokumentieren, wie politisch aufgeladen der Diskurs über den Spanischen Bürgerkrieg auch heute noch ist, und welche Motive der Sprachzensur im Argentinien der 1930er- und 1940er-Jahre zugrunde liegen.

Der Artikel *«Lingua nostrae aetatis: Sprachmanipulation im zeitgenössischen Italien»* von SUSANNE KOLB gilt der lexikalischen, semantischen und syntaktischen Verflachung der zu Beginn der Zweiten Republik noch als unverständlich gebrandmarkten Sprache der Politiker (*politichese*) zu einer sich an die Welt der italienischen Fernsehshows anbietenden (zunehmend sprechsprachlichen bis humoristischen) Ausdrucksweise (*gentese*), die letztlich dem ausufernden Personenkult und der Hypermediatisierung in der italienischen Politik geschuldet ist. Hinzu kommt der bewusste Rekurs auf Begriffe wie *«famiglia»*, *«religione»* oder *«libertà»*, die als Bestandteile des kollektiven Gedächtnisses der italienischen Bevölkerung geeignet sind, dem sozialen Mechanismus des Konformismus Vorschub zu leisten. Die Autorin kann aber auch Analogien zwischen rhetorischen Strategien Berlusconi und denjenigen des Faschismus nachweisen und deckt den auffallend häufigen medialen Gebrauch von Metaphern aus den Quelldomänen des Fußballs und der Religion sowie von Stereotypen und letztlich undurchsichtigen Hülsenwörtern wie *lodo*, *scudo fiscale*, *devolution* und *governance* auf.

Auf der nationalideologischen Ebene politischer Korrektheit ist der Untersuchungsgegenstand von HOLGER WOCHLE angesiedelt, der sich in seinem Beitrag *«Fiume oder Rijeka, Gand (Guanto) oder Gent, Hermannstadt oder Sibiu? Politische Korrektheit und Exonymgebrauch»* dem Phänomen der Exonymen widmet, den eigensprachlichen (z.B. deutschen) Bezeichnungen also für Orte oder Regionen, die außerhalb des jeweiligen Sprachgebiets liegen (z.B. in Rumänien) und sich aufgrund historischer Begebenheiten herausgebildet haben. Dabei kann es sich um heute unverfängliche Namen handeln (z.B. *Borgogna/Burgund* für *Bourgogne*), aber auch um politisch brisante Bezeichnungen (wie z.B. *Klausenburg* für *Cluj* oder *Laibach* für *Ljubljana*). Anhand verschiedener Dokumente und Belege (offizielle Bezeichnungen, Enzyklopädien, Presstexte) vergleicht der Autor die Verwendung und den Status von Exonymen im Italienischen, Französischen und Deutschen, wobei sich hier beträchtliche Unterschiede in Bezug auf den Grad der Stigmatisierung erkennen lassen.

BENJAMIN INALS Aufmerksamkeit richtet sich auf die Art der Literarisierung des Spanischen Bürgerkriegs. In seinem Beitrag ›Politische Korrektheit im Umfeld des Romans *El hijo del acordeonista* von Bernardo Atxaga‹ analysiert Inal sowohl Atxagas Werk, das im Jahre 2004 veröffentlicht wurde, als auch die Literaturkritik jenes Werkes durch Echevarría. Die seit dem Sieg der Franco-Anhänger auferlegte Zensur und der spätere Pakt des Schweigens zwischen der Links- und der Rechtspartei mit dem Ziel, die Vergangenheit nicht zu instrumentalisieren, haben nicht verhindert, dass fiktionale Texte die schmerzhafteste Vergangenheit aus vielfältigen Blickwinkeln verarbeiten. Inal verdeutlicht, dass politische Korrektheit an die Interessen bestimmter Gruppen gebunden ist, da Atxaga eine Sicht auf den radikalen baskischen Nationalismus und die baskische Kultur bietet, die in Echevarrias Kritik als eine Glorifizierung des Landlebens und des Baskenlandes aufgefasst wird. Dennoch können sowohl die Themen, die in Atxagas Werk behandelt werden, als auch der kritische und keinesfalls moderate Ton Echavarrías als politisch unkorrekt betrachtet werden, obwohl Inal gleichzeitig die Notwendigkeit einer kritischen Lektüre besagter Vergangenheit betont.

Der Aufsatz ›Zwischen Repression und Populismus. Tango, Lunfardo und Zensur im argentinischen Radio (1933–1953)‹ von ROLF KAILUWEIT gibt eine Analyse der politischen Intentionen, die hinter der Zensur des Lunfardo während der *Década Infame* und des Peronismus in Argentinien stecken. Von offizieller Seite wurde behauptet, die Zensur reagiere auf die Notwendigkeit, den schlechten Einfluss bestimmter Wörter und Redewendungen auf die sprachlichen Gepflogenheiten der Bevölkerung zu verhindern. Die Fokussierung auf formale Sprachaspekte entsprach laut Kailuweit in Wirklichkeit der Intention, bestimmte weniger begünstigte Gesellschaftsschichten durch das Verbot der Volkssprache zum Schweigen zu bringen. Kailuweit kommt zu dem Schluss, dass das Scheitern dieser Strategie einerseits darauf basiert, dass die explizite Zensur der Sprachform zu neuen kreativen Formen führte, um dieselben Inhalte zu vermitteln; und andererseits gründet es auf der Tatsache, dass Lunfardo-Sprecher ab dem Jahre 1952 nicht mehr unbedingt den genannten Gesellschaftsschichten angehörten, sondern dass sie Lunfardo als bloßes künstlerisches Werkzeug benutzten.